Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024
D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 499 06-0
Fax: +49 551 580 28
E-Mail: info@gfbv.de
www.gfbv.de

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Satus bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat

Göttingen, den 13. März 2025

Appell an die Mitgliedsstaaten der EU, der NATO und des Friedensimplementierungsrates für Bosnien und Herzegowina (PIC)

Neuen Krieg in Bosnien und Herzegowina verhindern!

Sanktionen gegen die Regierung der Republika Srpska verhängen, die militärische EU-Mission in Bosnien und Herzegowina weiter stärken und staatliche Institutionen Bosnien-Herzegowinas (BiH) bei der Bekämpfung der Bedrohung der Verfassungsordnung unterstützen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Seit Jahren warnt die Gesellschaft für bedrohte Völker vor einer Eskalation der Sicherheitssituation in Bosnien und Herzegowina. Bestärkt durch die Unterstützung aus Moskau, Budapest und Belgrad und nach dem Ausbleiben konkreter und koordinierter Reaktionen des Friedensimplementierungsrates auf seine jahrelang anhaltende und sich immer weiter zuspitzende Sezessionspolitik und Unterwanderung des Staates Bosnien und Herzegowina macht Milorad Dodik nun den entscheidenden Schritt: Er legt eine veränderte Verfassung der Republika Srpska vor, etabliert erneut eine Armee der Entität, besteht auf dem Anrecht auf Abspaltung und Vereinigung mit anderen Staaten und plant die Aufteilung des Distriktes Brcko. Nach dem Beispiel der Kreml-Regierung soll die neue Verfassung außerdem ein „Agentengesetz“ enthalten, nach dem die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen strengstens beaufsichtigt und wegen „Staatsfeindlichkeit“ jederzeit unterbunden werden kann.

In nur wenigen Wochen kann diese neue Verfassung im Parlament der Republika Srpska verabschiedet werden, da die Partei von Dodik, SNSD, dort die Mehrheit hat. Damit macht Milorad Dodik den Weg frei, sich von Bosnien und Herzegowina abzuspalten, sich Serbien anzuschließen sowie seine autoritäre Herrschaft zu festigen.

Wie allseits befürchtet begann die Zuspitzung der Staatskrise am 26. Februar, als Dodik erstinstanzlich zu einem Jahr Haft und einem sechsjährigen Politikverbot wegen Missachtung der Beschlüsse des Hohen Repräsentanten sowie wegen Verfassungsbruchs verurteilt wurde. Obwohl das Urteil sich ausschließlich auf ihn und seine persönlichen Handlungen bezieht, stellt Dodik es als Attacke gegen das serbische Volk und die Republika Srpska dar und denunziert alle Andersdenkenden und Oppositionellen in der Entität als Feinde und Verräter des serbischen Volkes.

Nur wenige Tage darauf, am 5. März 2025, erließ er als Präsident die zuvor unter seiner Anleitung im Parlament der Republika Srpska verabschiedeten Gesetze, die es der staatlichen Polizei und Justiz verwehren, in der Entität tätig zu werden. Diese Gesetze wurden vom Verfassungsgericht des Staates BiH sofort vorübergehend außer Kraft gesetzt, doch das erkennt die Regierung der Republika Srpska nicht an. Die Staatsanwaltschaft, die gegen Dodik und seine Mitstreiter wegen Verfassungsverstoß ermittelt, hat gegen ihn nach mehreren Vorladungen, denen er nicht gefolgt ist, nun einen Haftbefehl erlassen. Mit der Festnahme wurde die Justizpolizei unter Assistenz

der staatlichen Polizei beauftragt, doch die Polizei der Republika Srpska hat bereits angekündigt, eine Festnahme notfalls mit Waffengewalt zu verhindern.

Gerade diese Situation wird als potenzieller Beginn eines neuen Krieges gesehen: Eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der Polizei der Republika Srpska und der Staatspolizei von Bosnien und Herzegowina könnte in die Bewaffnung der breiten Bevölkerung in der Republika Srpska münden. Tatsächlich fühlen sich vor allem die bosniakischen Rückkehrer bedroht, unter ihnen viele Überlebende von Srebrenica. Ein Teil von ihnen hat bereits ihre Häuser verlassen und hält sich im Moment bei Verwandten in der Föderation von BiH auf. Auch das Gedenkzentrum für Genozidopfer in Srebrenica hat seine Arbeit vorübergehend eingestellt. Vor allem die Angehörigen und Zeugen der Genozidverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit fühlen sich an den Kriegsbeginn 1992 erinnert und sind in großer Sorge.

Die Mitgliedsstaaten des Friedensimplementierungsrates und der EU müssen sofort handeln. Sie müssen einen neuen Krieg verhindern und dafür die EU-Mission in Bosnien und Herzegowina zusätzlich verstärken. Die in diesen Tagen etwa 400 neu hinzugekommenen EU-Soldaten, mit denen die Zahl der in Bosnien und Herzegowina anwesenden EU-Soldaten auf 1.500 erhöht wurde, sind nicht ausreichend, um den Frieden tatsächlich zu sichern.

Die EU und NATO müssen sofort konkrete Schritte unternehmen, um die Sezessionspolitik von Milorad Dodik zu unterbinden. Dafür ist es unserer Auffassung nach notwendig, ohne Aufschub wirksame politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen Dodik und die Regierung der Republika Srpska zu verhängen. Deutschland als einer der größten wirtschaftlichen Handelspartner von Bosnien und Herzegowina muss in diesem Prozess eine führende Rolle einnehmen und sofort alle seine Investitionen in der Republika Srpska einstellen. Die EU muss ein Einreiseverbot gegen Dodik und seine Mitstreiter verhängen und ihre Besitztümer in EU-Ländern einfrieren. Genau solche Sanktionen haben die USA bereits 2017 gegen Dodik verhängt. In den nachfolgenden Jahren haben sie diese Sanktionen auf immer mehr Menschen aus seinem Umfeld ausgeweitet, darunter auch seine Familienmitglieder. Seit 2002 hat sich dieser Sanktionspolitik auch Großbritannien angeschlossen. Diesem Beispiel müssen so schnell wie möglich auch die EU-Länder folgen.

Den staatlichen Institutionen wie Polizei und Justiz von Bosnien und Herzegowina muss breite finanzielle und militärische Unterstützung geboten werden, damit sie sich effektiv und wirksam gegen die Bedrohung der staatlichen Verfassungsordnung durchsetzen können.

Damit einhergehend muss die EU auch koordiniert gegen die Attacken des Präsidenten Serbiens, Aleksandar Vučić, gegen den bosnischen Staat vorgehen. Spätestens nachdem das Bahnhofsvordach in Novi Sad eingestürzt und dadurch 15 Menschen Anfang November 2024 zu Tode gekommen waren, steht die Regierung von Vučićs Fortschrittspartei in Serbien unter starkem Druck. Sie versucht nach monatelangen massiven Studenten- und Bürgerprotesten gegen Korruption und Verantwortungslosigkeit von ihrem eigenen Versagen abzulenken und die eigene Staatskrise nach Bosnien und Herzegowina zu verlagern. Dabei werden die Aktionen der

Regierung der Republika Srpska und ihre Sezessionsbemühungen schon seit Jahren engstens mit der Vučić-Regierung koordiniert und von ihr gelenkt.

Die Spaltung von Bosnien und Herzegowina und der Ausbruch eines neuen Krieges hätte schwerwiegende und unüberschaubare Folgen für ganz Europa. Die gesamte Region würde destabilisiert. In allen ihren Ländern wären bewaffnete Konflikte zu befürchten - vom Kosovo über Serbien und Montenegro bis hin zu Mazedonien.

Eine solche Entwicklung und die Eröffnung einer neuen Front in Europa würde nur dem Putin-Regime massive Vorteile bringen. Wieder würden in der Region Menschen sterben und wieder einmal würden Hunderttausende Flüchtlinge an den Pforten der EU stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Vorstand der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) e.V.

Burkhard Gauly

Bundesvorsitzender

E-Mail: b.gauly@gfbv.de

Tel.+49 15566353997

D/Europäische Kommission, Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen

Präsident des Europäischen Rates António Luis Santos da Costa

Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola

EU-Außenbeauftragte und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Kaja Kallas, Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt der Europäischen Union Andrius Kubilius

NATO-Generalsekretär Mark Rutte

Menschenrechtskommissar des Europarates Michael O`Flaherty